

Partizipation von Migranten/innen und ihren Selbstorganisationen

Ich beschäftige mich in meinem Vortrag schwerpunktmäßig mit der Einschätzung der Integrations- und Partizipationspotenziale von Migranten-Selbstorganisationen.

Zu Beginn meines Vortrages möchte ich kurz – und später ausführlicher – auf das überwiegend segregative Image der informellen privaten Netzwerken und Organisationen der Migranten-Communities in der öffentlichen Meinung eingehen.

Trotz aller Bekenntnisse zu einem ressourcenorientierten Ansatz, trotz der gründlichen Kritik der Sozialwissenschaft an den defizitorientierten Klischeevorstellungen von der Migrantenbevölkerung halten sich in den Köpfen vieler Kommunalpolitiker, Pädagogen und sozialen Dienstleister noch hartnäckig Vorstellungen von den verwandschaftlichen und landsmannschaftlichen Netzwerken und Organisationen, die mit den Begriffen „Traditionalismus“, „Abschottung“, „Getto“ und „Parallelgesellschaft“ assoziiert sind. Erinnert sei hier nur an die von dem Leitmedium „Der Spiegel“ losgetretene Debatte über das „Ende der Multikulturellen Gesellschaft“ und die Beschwörung von Schreckensvisionen vordemokratischen Parallelgesellschaften (Der Spiegel 14.4.97). In der späteren Debatte über die doppelte Staatsbürgerschaft wurde allenthalben behauptet, die Bewahrung der Bindungen an die Herkunftsgruppe befördere inakzeptable Segregationsprozesse und Loyalitätskonflikte. Familie, Verwandtschaft und ethnische Community gelten in den dominanten öffentlichen Diskursen eher als Modernisierungsbremser und als Katalysatoren von Segregationsprozessen denn als Stütze bei den schwierigen Anpassungsprozessen, ohne die gleichberechtigte Teilhabe an den Ressourcen der modernen Gesellschaft nicht zu erreichen sei.

Dem sechsten Familienbericht gebührt das Verdienst, einer größeren Öffentlichkeit den Paradigmenwechsel – weg von einer ausschließlich defizitären Betrachtung hin zu einer ressourcenorientierten Sichtweise – vorgestellt zu haben, der sich in großen Teilen der Fachwissenschaft bezüglich der privaten Netzwerke und Organisationen der Migranten/innen vollzogen hat (BMFSFJ 2000, S. 75ff).

Informelle Netzwerke – Bedeutung von Familie und Verwandtschaft

Bevor ich meinen Hauptgegenstand – Struktur und Funktion der formellen Migrantenorganisationen – behandle, möchte ich eine kurze Bemerkung über die wichtige Rolle der informellen Netzwerke – v.a. der verwandschaftlichen – vorausschicken. Verwandtschaftliche Netzwerke sind auch die wichtigste Stütze der Migranten-Selbstorganisationen. Ihre Moleküle lagern sich gewissermaßen an die Vereine an. Sie sind wichtigstes Rekrutierungsmedium für die passive und aktive Mitgliedschaft.

Der sechste Familienbericht schätzt zurecht die tragende Rolle der verwandschaftlichen Netzwerke bei der Bewältigung der Anpassungsaufgaben in der Migrationssituation als sehr hoch ein.

Zusammenfassend lassen sich die Unterstützungspotenziale der Migrantenfamilien folgendermaßen differenzieren (vgl. Nauck 2000/ Gaitanides 1999).

- Entgegen weit verbreiteter Stereotype finden sich krasse und die Entwicklung der Kinder stark schädigende interkulturelle Generationskonflikte in keinem signifikant häufigeren Ausmaß als bei deutschen Familien. Die Generationen bewegen sich langsam aber stetig im „Konvoi“ auf die modernen Lebensverhältnisse zu – um ein treffendes Bild der Familienforscher zu gebrauchen.
- Die Familienmitglieder unterstützten sich materiell in einem hohen Maße wechselseitig.
- Die verwandschaftlichen Netzwerke stellen ein „Soziales Kapital“ dar - durch die Vermittlung von Wohn-, Ausbildungs-, Arbeits- und auch Heiratsgelegenheiten.
- Die protektive Zuwendung der Familienmitglieder und die Verlässlichkeit der Familiensolidarität kann psychosozial stabilisierend wirken.
- Die Familie kann eine wichtige moralische Stütze bei der Bewältigung von Diskriminierungserfahrungen sein.

Es liegt mir fern, hier ein romantisierendes Bild der „heilen Migrantenfamilie“ zu zeichnen. Als Soziologe verschließe ich nicht die Augen vor den Individualisierungszwängen unserer hochkomplexen, funktional ausdifferenzierten Gesellschaft, die vor den Migrantenfamilien nicht halt machen. Dies zeigt sich u.a. an der zunehmenden Isolation älterer Migranten/innen und an der Situation immer mehr geschiedener bzw. alleinerziehender Frauen. Und natürlich gibt es auch viele Familien, deren rückwärts-gewandte Problembewältigungsmuster sich dysfunktional auf die Entwicklungschancen der Kinder auswirken. Aber es ist falsch, den

Eindruck zu verallgemeinern, den diese problematischen – oft aus Hilflosigkeit starr an Traditionen festhaltenden – Familien vermitteln. Sie sind es aber in erster Linie, die in den Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt werden.

Nun zu meinem Thema: Struktur und Funktion ethnischer Selbstorganisation von Migranten/innen und ihr Beitrag zur Partizipation.

Formelle Netzwerke – Struktur und Funktion ethnischer Selbstorganisationen

Es ist sicher kein Zufall, dass die meisten Migrantenorganisationen den ethnischen Rahmen als Ausgangspunkt wählen. Gut gemeinte Versuche, multiethnisch zusammengesetzte Organisationen ins Leben zu rufen, stoßen nach wie vor auf wenig Resonanz. Ob wir das gut finden oder nicht, der ethnische Rahmen scheint die Identität und die Mobilisierungskraft der Migrantenvereine vorerst noch eher zu garantieren als ein multikultureller Organisationsansatz. Hier wäre mehr Realismus bei der Zuteilung öffentlicher Mittel angebracht. Die wenigen multikulturell zusammengesetzte Vereine, die eher bessergestellt, des Deutschen sehr kundige Migrantenkreise ansprechen, werden klar bevorzugt (vgl. MASSKS/NRW 1999, S. 37f).

Was lässt sich über die Struktur der Migrantenorganisationen sagen:

Ich erspare mir die Referierung der unzulänglichen Versuche einer vollständigen Klassifizierung der Migrantenorganisationen. Die äußere Klassifizierung kann auch irreführend sein, da die meisten Migrantenvereine eine multifunktionale Bedeutung haben. Sportvereine können Sozialberatung machen und religiöse Vereine Computerkurse anbieten. Kulturvereine – eigentlich für die Pflege der Heimatkultur ins Leben gerufen – bieten Deutschkurse an und Arbeitervereine Folklore. Ausgehend von der inhaltlichen Schwerpunktsetzung kann man grob in Sozial-, Kultur- und Sportvereine unterscheiden, wobei mit den Sozialvereinen im Wesentlichen die Arbeiter-, Eltern- und berufsständischen Vereine gemeint sind. Zu den Organisationen, die sich die Pflege der Heimatkultur zum Ziel gesetzt haben, zählen neben den landsmannschaftlich orientierten auch die religiösen Vereinigungen.

Nach der letzten im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung von 2001 von Marplan und Polis durchgeführten Repräsentativerhebung waren zum Untersuchungszeitpunkt 29 Prozent der Türken, 27 Prozent der Griechen, 25 Prozent der Italiener und 17 Prozent der ehemaligen Jugoslawen in eth-

nischen Vereinen organisiert. Gegenüber der Vergleichsuntersuchung von 1995 hatte der Organisationsgrad der Türken und Italiener leicht zugenommen und derjenige der Griechen und Ex-Jugoslawen leicht abgenommen (BMAS 2002, Tabellenband, Tab. 7.10, S. 107).

Die bisher aufwendigste und repräsentativste Untersuchung über Migranten-Selbstorganisationen, eine 1997 in NRW durchgeführte Befragung, ergab ähnliche, leicht geringere Organisationsgrade. Bei der NRW-Untersuchung wird deutlich, dass die Vereinsentwicklung bei alteingesessenen Migrantennationalitäten keineswegs abnimmt. Im Gegenteil, die hauptsächlich in den 60er und 70er-Jahre zugewanderten Anwerbenationalitäten sind besser organisiert als die erst in den 90ern in größeren Mengen eingewanderten außereuropäischen Flüchtlingsnationalitäten (vgl. MASSKS/NRW 1999, S.32). Mit der Länge des Aufenthaltes scheinen auch die Ressourcen für die Organisationsbildung zu wachsen. Trotz ständiger Erneuerung durch Neuzuwander/innen findet bei den älteren Einwandererorganisationen eine Transformation durch Generationswechsel statt und eine Verlagerung der Themen von den Heimatbezug auf die Integrationsperspektive, eine Integrationsperspektive freilich, die nicht mit Aufgabe der tradierten ethischen Identität und Kultur gleichgesetzt wird.

Hinzu kommen neue berufsständische Vereinstypen. Selbstständige und akademische Berufe organisieren sich in Verbänden, um sich durch die Bildung ethnischer Netzwerke beruflich besser behaupten zu können. Sie kooperieren gewöhnlich auch mit den traditionellen Vereinstypen und verstärken dadurch deren Ressourcen an ökonomischen, kulturellem und sozialem Kapital.

Welche integrativen/segregativen und partizipativen Funktionen haben Migranten-Selbstorganisationen ?

Summa summarum fördern Migrantenvereine nach der Einschätzung der Autoren der NRW-Studie in ihrer überwiegenden Zahl die Formierung von abgeschotteten Parallelgesellschaften eher *nicht* – ganz im Gegensatz zu verbreiteten stereotypen Vorstellungen. Sie hätten eher eine „grenzauflösende“ Brückenfunktion und entwickelten sich immer mehr von herkunftsland-fixierten Vereinen zur Bewahrung der ethnischen Identität zu innovativen und kooperationsbereiten Akteure/innen einer multikulturellen Zivilgesellschaft (MASSKS/NRW 1999, S. 70).

Die Migranten-Selbstorganisationen versuchen beides:

Sie entwickeln Angebote zur Weitergabe *und*

Entwicklung der ethnischen Kulturen und ergreifen gleichzeitig Integrationsinitiativen. Sie bauen Brücken zum Herkunftsland genauso wie zum Aufnahmeland. So fordert beispielsweise der Bund türkischer Vereine in Berlin und Brandenburg und die „türkische Gemeinde in Deutschland“ nicht nur eine Verbesserung des muttersprachlichen Unterrichtes und in Berlin den Erhalt des dortigen Schulmodells zweisprachiger Alphabetisierung, er propagiert gleichzeitig auch eine besseren Zweitsprachenvermittlung im Elementarbereich. Die türkische Gemeinde geht sogar so weit, die Kindergartenpflicht verlangen, damit die Migrantenkinder eine bessere Chance bekommen, Deutsch zu lernen. Integration und ethnische Selbstorganisation schließen sich gegenseitig nicht aus. Dieser Meinung sind auch die Autoren einer Untersuchung über die „Ausländervereine in Berlin“.

„So viel Anhaltspunkte es dafür gibt, dass die ethnischen Eigenorganisationen als Schleuse in die Aufnahmegesellschaft funktionieren, so wenig Anhaltspunkte gibt es dafür, dass sie zur Falle werden und auf den Weg einer segregierten Ghettoexistenz führen helfen. Ein Zusammenhang zwischen Resonanz des ethnischen Vereinslebens und ethnischer Segregation ist nicht erkennbar, im Gegenteil: Vereinsnähe geht zusammen mit besserer Sozialvernetzung, höherer Problemlösungsfähigkeit, besserem Zugang zum öffentlich-politischen Leben der Aufnahmegesellschaft.“

(Fijalkowski/ Gillmeister 1997, S. 294)

Die Migranten-Selbstorganisationen tragen entschieden zur Bewältigung von Integrationsproblemen bei. Darauf verweisen meine exemplarische Recherchen für den sechsten Familienbericht (Gaitanides 1999) genauso wie die Ergebnisse der angeführten Befragungen.

Migranten-Selbstorganisationen sind – wie schon erwähnt – selten spezialisiert. Sie haben meistens einen ganzheitlichen, multifunktionalen Ansatz.

- Sie dienen als Anpassungsschleuse für Neuzuwander/innen durch die Abfederung des Kulturschocks und den Kontakt zu Multiplikatoren, die in die neue Umgebung einführen („Integration durch Binnenintegration“ – Elwert 1982).
- Durch die Pflege des „kulturellen Kapitals“ der Herkunftsgesellschaft erhalten und vermehren sie die Optionen ihrer Mitglieder in einer sich globalisierenden und interkulturell mischenden Welt.
- Sie stützen die individuelle und kollektive Identität in einer die Identität schwächenden Minderheitensituation.
- Sie bieten eine Chance zur Selbstverwirklichung und Selbstbestätigung, wie zur Ent-

wicklung von sozialen Handlungskompetenzen, die unter den restriktiven Bedingungen des Arbeitslebens der meisten Migranten/innen nicht zur Entfaltung kommen: „Individuen (so der prominente amerikanische Kommunitarist Michael Walzer) sind stärker, zuversichtlicher und gewitzter, wenn sie an einem Gemeinschaftsleben teilnehmen, wenn sie für andere verantwortlich sind“ (Walzer 1998, S.126f).

- Sie fördern die Vernetzung „sozialen Kapitals“, indem sie erfolgreiche und qualifizierte Repräsentanten ihrer Community an sich binden und nutzen deren Kenntnisse und Verbindungen. Aber auch diese nutzen die Selbstorganisationen zur Ausweitung ihrer Klientel (vgl. Hadeed 2000, S. 74: 30 % Mitglieder der untersuchten niedersächsischen ethnischen Vereine waren Akademiker).
- Sie aktivieren die private Selbsthilfe, indem sie eine kommunikative Gelegenheiten bieten für die Pflege und Entwicklung informeller Netzwerke, die über verwandtschaftliche Beziehungen hinausgehen.
- Sie füllen mit ihren ehrenamtlichen Dienstleistungen Versorgungslücken.
- Sie fördern die präventive Daseinsvorsorge durch Informationsveranstaltungen zu Gesundheits-, Erziehungs-, Bildungs-, Ausbildungsfragen und die Vermittlung an die Sozialen Dienste und Versorgungseinrichtungen.
- Sie sind wichtige Ansprechpartner/innen in Konfliktsituationen für die kommunale Verwaltung und Politik, da sich bei ihnen Opinionleaders versammeln, die einen privilegierten Zugang zur Community-Öffentlichkeit haben.
- Sie verstärken die soziale Kontrolle in Vierteln, in denen die Nachbarschaftskontrolle durch Individualisierungsprozesse fast völlig verschwunden ist. Dies kann anomischen Entwicklungen vorbeugen helfen. In der Öffentlichkeit werden eher die negativen Aspekte von Nachbarschaftskontrolle hervorgehoben, wenn es sich um Migranten/innen handelt – nämlich die Einschränkung individueller Freiheiten durch traditionelle Gruppenerwartungen. Jürgen Friedrichs und Jörg Blasius verweisen in einer Untersuchung über die subkulturelle Lebenswelten benachteiligter Stadtgebiete auf die vergleichsweise geringere Akzeptanz devianten Verhaltens bei der türkischen Viertelbevölkerung und kommen zu dem Schluss, dass – ganz im Gegensatz zu den bekannten stereotypen Zuschreibungen – die türkischen Bewohner/innen in den untersuchten benachteiligten Wohngebieten eher als ein „stabilisierender Faktor“ angesehen

werden können (Friedrichs/Blasius 2000, S. 195).

■ Die Migranten-Selbstorganisationen entwickeln sich darüber hinaus immer mehr zu Organen der Interessenvertretung und des interkulturellen Dialogs. Sie mischen sich als „Stimme“ der Migranten/innen unter die vielen Stimmen der Zivilgesellschaft, lassen sich in kommunale Gremien (Ausländerbeiräte) wählen und stellen somit ein immer wichtiger werdendes Element der demokratischen Willensbildung dar – mit wachsendem Gewicht, je mehr ihre Stimmenzahl durch den Erwerb der staatsbürgerlichen Rechte zunimmt. Insofern fördern sie die Entwicklung kollektiver Handlungskompetenz (community power). Die Migranten/innen sehen zwar ihre Interessen in der Öffentlichkeit nirgendwo gut vertreten, den Selbstorganisationen bringen sie aber das verhältnismäßig meiste Vertrauen in die Vertretung ihrer Interessen entgegen – noch vor den Ausländerbeiräten und den Gewerkschaften (NRW Studie 1999, Sauer 2001, S. 69, Abb. 6)

■ Völlig unbemerkt bleibt ein positiver Aspekt der sonst so negativ bewerteten Heimatland-Orientierung. Vor allem die Regionalvereine sammeln nicht selten Geld für humanitäre Projekte in ihren Heimatgemeinden. So haben beispielsweise die türkischen Vereine sehr viel Geld für die Erdbebenopfer von 1999 gesammelt. Und ich erinnere mich aus meiner eigenen Tätigkeit im „Griechischen Haus München Westend“ an die Spendensammlung eines Beiratsmitglieds, der seinem Heimatdorf eine Bibliothek und eine Gesundheitsstation mit Spenden einrichten half. Oft sind die ethnischen Vereine erste Anlaufstelle für mittelständische Unternehmer des Herkunftslandes, die transnational operieren und in Deutschland investieren wollen. Sie können dadurch indirekt zur Mehrung der Arbeitsplätze in Deutschland beitragen (vgl. Projekt IMPULSO der spanischen Weiterbildungsakademie in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk spanischer Vereine zur Förderung transnational operierender Selbstständiger - AEF 2001).

■ Schließlich attrahieren ihre Kulturprogramme und Sprachkurse in der Herkunftssprache auch Deutsche, die – aus welchen Gründen auch immer – ein besonderes Interesse für das Herkunftsland bzw. die Herkunftskultur entwickelt haben (bikulturellen Ehen, Freundschaften, nachhaltige Reiseerlebnisse, Deutsche mit zweitem Wohnsitz im Herkunftsland).

Die starke Herkunftsland-Orientierung der Migranten-Selbstorganisationen in der Vergangenheit muss auch im Zusammenhang mit der bis zum Ende des Jahrtausends durchgehaltenen Doktrin, die BRD sei kein Einwanderungsland, und den hohen Einbürgerungshindernissen gesehen werden. In Großbritannien sind die meisten Einwanderer – auf Grund früherer Commonwealth-Privilegien – eingebürgert. Ihre Selbstorganisationen sind daher viel stärker als die deutschen Migranten-Selbstorganisationen mit den sozialen Integrations- und den politischen Partizipationsproblemen der ethnischen Einwanderungsminoritäten befasst. Die politischen Teilhaberechte verschaffen ihnen in der Öffentlichkeit mehr Respekt als in Deutschland, wo sich viele Vereinsvertreter über einen eklatanten Mangel an Interesse und ernst gemeinten Partizipationsangeboten beklagen. Dies lässt sich sehr gut durch eine Untersuchung belegen, deren Autoren Äußerungen von „Sprechern“ der Migranten-Selbstorganisationen in der seriösen Presse im Ländervergleich inhaltsanalytisch ausgewertet haben (Koopmans/Statham 1998, vgl. auch Jungk 2001, S. 84).

Es bleibt zu hoffen, dass durch die rechtlich nunmehr verbesserten Einbürgerungsmöglichkeiten und die Anerkennung der Bundesrepublik als Einwanderungsland sowie durch die Verabschiedung des Einwanderungsgesetzes die Integrationsneigung der Migranten-Selbstorganisationen einen Schub erfahren wird und dass der Selbstorganisationsszene als zukünftiger Mobilisierungsfaktor für Wählerstimmen mehr öffentliche Aufmerksamkeit geschenkt und die Infrastruktur stärker öffentlich gefördert wird.

Bringschuld der aufnehmenden Gesellschaft bezüglich der Integration und Partizipation der Migranten-Selbstorganisationen

Von Seiten der Mehrheitsgesellschaft wurden die Migranten-Selbstorganisationen in Deutschland bisher eher stiefmütterlich behandelt.

■ Nach Aussage befragter Repräsentanten von Migranten-Selbstorganisationen wie nach dem Urteil von Experten in der Verwaltung in Niedersachsen werden die Leistungen der Migranten-Selbstorganisationen in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen. Und selten nur würden sie in kommunale Planungsprozesse als gleichberechtigte Gesprächspartner/innen mit einbezogen – mit örtlichen Ausnahmen (vgl. Hadeed 2000, S. 118f).

■ Die finanzielle Förderung ist äußerst dürftig (im Unterschied zu der Migrationsarbeit

der Verbände und herkunftsheterogenen, professionalisierten – meist von Deutschen Initiativen gegründeten – Vereinen).

Die prekäre Finanzsituation der Selbstorganisationen ergibt sich nicht nur aus dem geringen Umfang der Sondermittel für Migrantenvereine, sie ist auch eine Folge eben dieser Sonderbehandlung. Bisher war ihnen der Zugang zu den – auf mehrere städtische Ressorts verteilten – Etatmitteln meist verschlossenen, bzw. konnten diese nicht ausgeschöpft werden mangels Know-how und weil die kommunalpolitische Lobby dafür fehlte.

Um die Förderung der Migrantenorganisationen zu einer Querschnittsaufgabe aller städtischen Ressorts zu machen, um ihnen die Etats für Sport- und Vereinsförderung, den Selbsthilfefond, die Mittel für Soziokulturarbeit und Jugendhilfe usw. zu erschließen, ist die Stadt Essen von der bescheidenen Förderung durch den Sondertopf des Ausländerbeirates abgerückt. Die Essener Stadtverwaltung hat durch die Gründung eines von der Kommune anerkannten Dachverbandes von Migrantenvereinen die formale Möglichkeit geschaffen, dass diese nunmehr überall Projektmittel auf dem für deutsche Vereine üblichen Weg beantragen können. Dies hat außerdem den erwünschten Nebeneffekt, dass sich die Vereinsvertreter nun besser untereinander austauschen und koordinieren müssen. Jetzt kommen sie auch in näheren Kontakt mit den demokratisch gewählten Gremien und der Verwaltung, wodurch – so die Hoffnung – wechselseitige Lernprozesse angestoßen werden (vgl. Schweitzer 2001, S. 40f).

Neben der oben erwähnten bisherigen wahltaktischen Unbedeutsamkeit von Vereinen, die über kein Wählerpotenzial verfügen und der nichtexistenten politischen Lobby dürften auch die schon erwähnten stereotypen Vorstellungen von der Abschottungsfunktion ethnisch homogener Vereine und Befürchtungen deren Unterwanderung durch politische und religiöse Extremisten diese stiefmütterliche Behandlung erklären. Leider geben einige nationalistische und religiös-extremistische Selbstorganisationen Anlass zur Verbreitung solcher Images. Deshalb sollte man auch Selbstorganisationen nicht unkritisch unterstützen – ohne Prüfung der Demokratieverträglichkeit. Geprüft werden sollte dabei nicht nur die nach außen gekehrte Fassade sondern auch die tatsächlichen Aktivitäten. Allerdings dürften hierbei keine strengeren Maßstäbe als bei deutschen Organisationen angelegt werden – was in der Praxis häufig der Fall zu sein scheint. Oft genügen den Geldgebern bloße Gerüchte oder bloßer Verdacht, um Anträge abzulehnen.

Die Vernachlässigung der öffentlichen Förderung erschwert die Ausschöpfung der Selbst-

hilfepotenziale der Vereine. Es wäre eine fatale Fehleinschätzung von Seiten der Politik, zu hoffen, ehrenamtlich tätige Migranten/innen könnten zum Nulltarif auffangen, was derzeit an professionellen Hilfen durch Einsparungen abgebaut wird. Ohne Semi-Professionalisierung und Qualifizierung der ehrenamtlichen Aktiven und Bereitstellung von Projektmitteln und Räumen kann die Qualität der Angebote kaum verbessert werden und leidet die Kontinuität der Arbeit. Ebenso erschwert die Beschränkung auf Ehrenamtliche den Kontakt mit den Netzwerken der sozialen Berufe (Arbeitskreise tagen zur Arbeitszeit) und der öffentlichen Verwaltung. Es fehlt an Infrastrukturen, die das bürgerschaftliche Engagement der Migranten/innen prosperieren lassen.

Einzelne Bundesländer (Berlin, NRW) haben immerhin einen Anfang gemacht und Projektmittel auf Landesebene für ausgesuchte Selbstorganisationen zur Verfügung gestellt. Im Auftrag der Landesregierung hat das „Landeszentrum für Zuwanderung NRW“ Schulungen für Multiplikatoren aus Migrantenvereinen durchgeführt. Außerdem wurde eine landesweit operierende Beratungsstelle unter Trägerschaft des DPWV eingerichtet, die die Migranten-Selbstorganisationen in allen einschlägigen rechtlichen und finanzierungstechnischen Fragen sowie bei der Organisationsentwicklung berät und schult (Fachberatung Migranten-Selbsthilfe, DPWV NRW, Bochum). Qualifikationsbedarf besteht v.a. in den Bereichen Finanzierung, Finanzverwaltung, Vereinsrecht, kommunale Strukturen, Öffentlichkeitsarbeit und Methoden der Gruppenpädagogik wie der Erwachsenenbildung. Internationale Erfahrungen – z.B. in Großbritannien – sprechen dafür, dass Qualifizierungsmaßnahmen für die Förderung der Migranten-Selbstorganisationen strategisch fast noch wichtiger sind als die Bezuschussung durch Sondertöpfe, weil die Multiplikatoren der Selbstorganisationen dadurch lernen, bisher ungenutzte allgemeine Finanzierungswege für ihre Organisationen gangbar zu machen (Jungk 2001, S. 85).

Auf kommunaler Ebene gibt es hier und da vorbildliche Beispiele der Qualifizierung von Multiplikatoren aus den Migranten-Communities und ihrer Einbindung in Integrationsprojekte und Partizipationsinitiativen. Einige dieser Initiativen sind – trotz hervorragender Arbeit - wegen der Kürzungen stark gefährdet.

■ Z.B. das Projekt „Ausbildungsorientierte Elternarbeit mit Migrantenfamilien“ des Amtes für Multikulturelle Angelegenheiten in Frankfurt, in dem Multiplikatoren für die Aufklärung ihrer Zielgruppe über Berufe und Berufsausbildungswege unter hohem Mittelaufwand geschult und eingesetzt

werden. Hier ergibt sich auch ein interethnischer Vernetzungseffekt unter den beteiligten Migrantenorganisationen.

- Die Leitstelle für Zusammenleben der Stadt Offenbach bildet u.a. auch Multiplikatoren der Vereine als interkulturelle Mediatoren aus.
- Das Kulturzentrum „Schlachthof“ in Kassel, bildet ehrenamtliche Mediatorinnen und interkulturelle Mittlerinnen aus.
- Das Ethnomedizinische Zentrum Hannover in Zusammenarbeit mit drops-Hannover hat 1996 ein Projekt zur Sucht-Prävention gestartet, das u.a. Multiplikatoren aus den MSO für Aufklärungskampagnen schult und anleitet (ISH – www.interkulturelle-Suchthilfe.de).
- Aus Anlass des neuen Staatsbürgerschaftsrechtes wurde von der Fachhochschule Köln mit Unterstützung der Bundeszentrale für politische Bildung (FB Sozialarbeit, Prof. H. Storz) ein „Multiplikatoren-Seminar zum neuen Staatsbürgerschaftsrecht“ (MUS-STAR) durchgeführt, bei dem auch gezielt Vereinsvertreter angesprochen wurden (Reißlandt 2002, S. 187f). Die Bundeszentrale will sich überhaupt in Zukunft stärker an die Migranten-Selbstorganisationen wenden und stellt Überlegungen an, sie als Träger politischer Bildung anzuerkennen – vorausgesetzt sie halten sich an „einen demokratischen Minimalkonsens“ (Gröf 2002, S. 143). Viele Vereine haben von dem Angebot Gebrauch gemacht und entsprechende Einbürgerungskampagnen durchgeführt (z.B. die Alevitenvereine, Navend als Bildungsträger der kurdischen Szene).

Letztere Initiative gibt mir das Stichwort zu einer abschließenden Bemerkung:

Die bisherigen Partizipationsdefizite der Migranten-Selbstorganisation sind nicht nur deren angeblicher Neigung zur Selbstisolation geschuldet, sie resultieren zum größeren Teil aus der nicht erfolgten Öffnung der Mehrheitsgesellschaft und ihrer politischen Repräsentanzen.

Die Partizipationsdefizite sind vor allem eine Folge der bis zum Ende des Jahrtausends gepflegten Lebenslüge, die BRD sei „kein Einwanderungsland“ und eine Folge der daraus abgeleiteten hohen Einbürgerungshürden. Diese Hürden sind durch das neue Einbürgerungsrecht zum Teil abgebaut worden. Aber noch immer verbleibt als größtes Einbürgerungshindernis der Verweigerung der doppelten Staatsbürgerschaft. Dies Hindernis wirkt sich v.a. für die in den ethnischen Vereinen stark repräsentierten erste Einwanderergeneration aus, die noch eine starke Heimatbindung hat. Aber auch ohne Einbürgerung könnten po-

litische Mitbestimmungsmöglichkeiten für Migranten/innen wenigstens auf der kommunalpolitischen Ebene eingeräumt werden: durch die Einführung des kommunalen Wahlrechts für Nicht-EU-Einwanderer. Unser Nachbarland Niederlande macht uns das vor.

Die Reserve der Politik und der Verwaltung gegenüber den Migranten-Selbstorganisationen resultiert zudem aus einem impliziten assimilationistischen Integrationsverständnis. Aus der Perspektive der Betroffenen ergibt sich kein Widerspruch zwischen der doppelten Aufgabe, das kulturelle Erbe weiterzugeben, bzw. den Kontakt zum Herkunftsland zu pflegen und der Aufgabe, sich an die Überlebens-Imperative der aufnehmenden Gesellschaft anzupassen, bzw. aktiv in das politische Gemeinwesen einzubringen. In den Köpfen der Kommunalpolitiker sollte der fällige Paradigmenwechsel endlich vollzogen werden – weg von der Assimilationsideologie - hin zur Akzeptanz der vielfältigen Subkulturen und Identitäten in einer multikulturellen Demokratie. In Anbetracht der Globalisierung sollten die Einwanderer-Communities auch als wichtige Brückenköpfe transnationaler Netzwerke erkannt und gefördert werden.

LITERATUR

- AEF – Spanische Weiterbildungsakademie (2001): IMPULSO – Nutzung interkultureller Kompetenzen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Gründung von kleinen und mittleren Unternehmen. Bonn
- Boll, Rudolf (1996): Selbsthilfe, Selbstorganisation und multikulturelle Organisation: Organisationstypen, Aufgaben, Entwicklungsnotwendigkeiten in der Migrationssozialarbeit. In: Blätter der Wohlfahrtspflege 3/96
- BMAS – Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (2002): Situation der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen in der Bundesrepublik Deutschland. Repräsentativuntersuchung 2001 (durchgeführt von Marplan u. Polis). Tabellenband. URL: http://www.bmgs.bund.de/download/broschueren/c501/BM_Tabellenband
- BMFSFJ - Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2000). Familien ausländischer Herkunft in Deutschland. Sechster Familienbericht. Berlin
- Deutsches Rotes Kreuz (2000): ADENTRO. Maßnahmen zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe von spanisch sprechenden Seniorinnen und Senioren in Deutschland. Abschlußbericht eines Modellprojektes. Bonn
- Elwert, Georg (1982): Probleme der Ausländerintegration, Gesellschaftliche Integration durch

- Binnenintegration ?. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 4 /1982, S. 717-731
- Fijalkowski, Jürgen/ Gillmeister, Helmut (1997): Ausländervereine – ein Forschungsbericht. Über die Funktion von Selbstorganisationen für die Integration heterogener Zuwanderer in eine Aufnahmegesellschaft – am Beispiel Berlins. Reihe Völkervielfalt und Minderheitenrechte in Europa. Bd. 5. Berlin
- Gaitanides, Stefan (1999): Arbeit mit Migrantenfamilien - Aktivitäten der Wohlfahrtsverbände und der Selbstorganisationen. Unveröffentl. Expertise zum 6. Familienbericht der Bundesregierung. Kurzfassung in: Sachverständigenkommission 6. Familienbericht (Hg.)(2000): Familien ausländischer Herkunft in Deutschland. Materialien Bd. II. „Lebensalltag“. Opladen S. 107-144
- Gröf, Heino (2002): Migration – Integration – Herausforderung für's Lernen. In: Storz, Henning/ Reißlandt, Carolin (2002): Staatsbürgerschaft im Einwanderungsland Deutschland. Opladen, S. 139-144
- Hadeed, Anwar (2000): Migranten-Selbstorganisationen in Niedersachsen. Ihre Selbsthilfe- und Partizipationspotenziale (Forschungsbericht im Auftrag der „Arbeitsgemeinschaft MigrantInnen und Flüchtlinge in Niedersachsen“- AMFN), hektographiert
- Jungk, Sabine (2001): Selbstorganisation von MigrantInnen – Instanzen gelingender Partizipation ?. In: Zeitschrift für Migration und soziale Arbeit, 3+4/2001, S.82-85
- Koopmans, Ruud/Statham, Paul (1998): Challenging the Liberal Nation-State ? Postnationalism, Multiculturalism an the Collective Claims-Making of Migrants and Ethnic Minorities in Britain and Germany. Berlin (WZB)
- MASSKS – Ministerium für Arbeit Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport/ NRW (Hg.), Zentrum für Türkeistudien, Essen/Institut für Politikwissenschaft der Universität Münster (1999): Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten in NRW, Düsseldorf
- Nauck, Bernhard (2000): Eltern-Kind-Beziehungen in Migrantenfamilien – ein Vergleich zwischen griechischen, italienischen, türkischen und vietnamesischen Familien in Deutschland. In: Sachverständigenkommission 6. Familienbericht (hg.): Familien ausländischer Herkunft in Deutschland: Empirische Beiträge zur Familienentwicklung und Akkulturation. Materialienband I. Opladen, S. 347-392
- Reißlandt, Caroline (2000): Staatsangehörigkeitsrecht in der interkulturellen Praxis. In: Storz, Henning/ Reißlandt, Carolin (2002): Staatsbürgerschaft im Einwanderungsland Deutschland. Opladen, S. 177-200
- Sauer, Martina (2001): Lebenssituation türkischer Migranten in NRW. Ergebnisse einer repräsentativen Befragung des Zentrums für Türkeistudien im Auftrag des MASSKS NRW (1999). In: Zeitschrift für Migration und soziale Arbeit, 3+4/2001, S. 66-71
- Schweitzer, Helmut (2001): Partizipation von Migranten an kommunalen Planungsprozessen. Das Beispiel der Stadt Essen. In: Zeitschrift für Migration und soziale Arbeit, 3+4/2001, S. 39-43
- Storz, Henning/ Reißlandt, Carolin (2002): Staatsbürgerschaft im Einwanderungsland Deutschland. Opladen
- Walzer, Michael (1998): Über Toleranz. Von der Zivilisierung der Differenz. Hamburg

Anhang Folien:

Typologien von Migranten-Selbstorganisationen

Typologie von MSO von Fijalkowsky/Gillmeister (1997:110f) :

ethno-solidarische/ ethno-traditionelle/ ethno-private/ exil- und diaspora-politisch orientierte/ ethno-politische

Typologie von Boll (1996: 55f):

Selbsthilfegruppen/ Selbsthilfevereine/ Selbsthilfe(Dach)organisationen/ multikulturelle Organisationen

Typologie Zentrum für Türkeistudien/ Inst. für Politikwissenschaft der Universität Münster (MASSKS/NRW 1999, S. 2):

herkunftshomogene und herkunftsheterogene Zusammenschlüsse von Zuwander/innen

Strukturdaten von Migranten-Selbstorganisationen (NRW 1997)

hochgerechneter Anteil der Mitglieder an der Wohnbevölkerung

europäische 21 %
afrikanische 12 %
lateinamerikanische 11 %
asiatische 10 %
davon aktive Mitglieder : 21 %

Rangfolge nach Organisationsgrad:

nichtmuslimische: 1. Griechen 2. Italiener 3. Spanier

muslimische: 1. Türken (mit großem Abstand) 2. Kurden 3. Bosnier 4. Marokkaner

Altersstruktur

bis 18 Jahre 10 %
19 bis 40 Jahre 43 %
41bis 55 Jahre 33 %
56 und älter 14 %

Frauenanteil : 45 % (entsprechend dem WB-Anteil)

Eigenmittelfinanzierungsanteil: 72 %

(verzerrt durch die Herkunftsheterogenen Selbstorganisationen, die überdurchschnittlich häufig Vollmitglieder von Wohlfahrtverbänden sind – v.a. des DPVV)

Nur 19 % gaben an, festangestellte Mitarbeiter/innen zu beschäftigen.

(davon fielen 58 % auf die herkunftsheterogenen Organisationen)

Angebote von Migranten-Selbstorganisationen

Migranten-Selbstorganisationen in NRW Erhebung 1997 außer nebenstehende		türkische, kurdische, bosnische, jugoslawische, magrebinische Migranten-Selbstorganisationen	
Angebote	i v. H.	Angebote	i v. H.
Kultur	90	Kultur	73
Begegnung	86	Freizeitgest.	62
Integration	67	Beratung	62

Beratung	62	Sport	61
Bildung	59	Betreuung	55
Betreuung	52	Religion	52
Sport	41	Bildung	44
Politik	26	Hilfe	44
Gesundheit	23	Gesundheit	21
Religion	21		
Sonstiges	17	Sonstiges	19

Quelle: Zentrum für Türkeistudien, Essen/Institut für Politikwissenschaft der Universität Münster (MASSKS/NRW)(1999): Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten in NRW, Düsseldorf, Tab S. 44 u. 115

Funktionen der Migranten-Selbstorganisationen (Gaitanides)

- Anpassungsschleuse für Neuzuwander/innen – Abfederung des Kulturschocks, Einführung in die fremde Umgebung
- Pflege und Entwicklung der Herkunftskultur, Weitergabe an die nachwachsenden Generationen (kulturelles Kapital)
- Identität stützende Funktion in einer die Identität stark belastenden Minderheitensituation
- Stärkung der individuellen und kollektiven Handlungsfähigkeit (empowerment)
- Netzwerkbildung (soziales Kapital)
- Dienstleistungsfunktion (Beratung, Begleitung zu Behörden, außerschulische Hilfen)
- Informations- und Bildungsfunktion (Infoabende, Sprachkursangebote, Elternbildung usw.)
- Brücke zur Mehrheitsgesellschaft und den kommunalen Akteure/innen (Ansprechpartner/innen für Konflikte)
- Prävention von Devianz durch Verstärkung der sozialen Kontrolle
- Interessenorganisation und Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements
- Brücke zum Herkunftsland in einer sich globalisierenden Welt

Finanzielle Förderung von Migranten-Selbstorganisationen – Vergleich U.K. und BRD

Die Stadt Essen, die für deutsche Verhältnisse eher überdurchschnittlich fördert, gab im Haushaltsjahr 2000 150 000.-DM an Fördermitteln für die insgesamt circa 100 Essener Migrantenvereine aus (Zuschüsse für Veranstaltungen und Raumkosten)

(Schweitzer, Helmuth (2001): Partizipation von Migranten/innen an kommunalen Planungsprozessen. Das Beispiel der Stadt Essen. In: Zeitschrift für Migration und soziale Arbeit, 3+4/2001, S. 39-43,S. 39)

Der einkommensschwache Verwaltungsbezirk Islington im Londoner East-End (175 000 Einwohner/innen) unterstützte 1996 ebenfalls circa 100 Organisationen von Einwanderern mit umgerechnet 1,7 Mio Pfund, wodurch auch die Einstellung von qualifiziertem Personal - zur Verbesserung der Qualität der Angebote und zur Aufrechterhaltung der Organisationskontinuität – ermöglicht wird.

(Gaitanides: Erkundungen beim Chief Officer der lokalen „Race Equality Unit“ Stavrinou anlässlich eines Forschungsaufenthaltes)

Gründe für die Vernachlässigung der MSO durch Politik und Verwaltung und ihre Einflußlosigkeit

- Geringes Stimmenpotential: kommunalpolitische Teilhaberechte nur für EU-Ausländer/innen, geringe Zahl Eingebürgerter durch hohe Einbürgerungshürden
- Segregations-Verdacht
- Radikalismus-Verdacht
- Schwächung der Selbstorganisationslobby durch Zersplitterung
- Informationsmängel, schlechte räumlich u. personelle Ausstattung

Kontakt:

Prof. Dr. Stefan Gaitanides
Fachhochschule Frankfurt a.M.
Nibelungenplatz 1
Gebäude 10
60316 Frankfurt a.M.
Fon: 069-1533-2873
Email: gaita@fb4.fh-frankfurt.de